

# PROTOKOLL

über die 24. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Niddatal am 03.07.2013 im Bürgerhaus Assenheim

---

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 20:45 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend:  
( 25 Mitglieder )

( Tagesordnung: siehe Blatt 2 )

Ursula Einhoff  
Gerhard Einhoff  
Michael Hahn  
Torsten Hahn  
Oliver Herbert  
Silke Merz  
Florian Porth  
Reinhard Schwarz  
Hans-Peter Wittmann  
Wernfried Fürtig  
Heinz Kimmel  
Stefan Koschorr  
Rolf Lamade  
Christian Osmalz  
Achim Saßmannshausen  
Dr. Dirk Schneider  
Lutz Sierach  
Elke Steppan  
Christoph Preiser  
Markus Nikleniewicz  
Dennis Brechtel  
Dieter Eisenberg  
Oliver Seuss  
Roland Gosebruch  
Barbara Feige

**es fehlten:** Petra Kremer - entschuldigt  
Hans-Joachim Mücke - entschuldigt  
Stephanie Rotter - entschuldigt  
Erland Kalbhenn - entschuldigt  
Andreas Momberger - entschuldigt  
Matthias Feige - entschuldigt

**vom Magistrat waren anwesend:**

Dr. Bernhard Hertel  
Kurt Meisinger  
Arno Menk  
Renate Fritz-Mann  
Herbert Porth  
Erhard Reiter

**es fehlte:** Kai Rauscher - entschuldigt

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

## **TAGESORDNUNG:**

- (1) Mitteilungen
  - (2) Beschluss des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 und Folgejahre
  - (3) Bebauungsplan K 12 „Biogasanlage“ Niddatal, Stadtteil Kaichen
    - a) Beratung der während der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und der erneuten Beteiligung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Beschlussfassung hierzu
    - b) Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB (Vorlage-Nr. 34a/2013)
  - (4) Baugebiet Bönstadt
    - a) Beschluss über die Fortführung
    - b) ggf. Beschluss über die Zusammenarbeit mit einem Entwicklungsträger
  - (5) Betreuungsschule „Mäusezahn“
    - a) Beschluss eines Pachtvertrages zur Anmietung von Räumlichkeiten
    - b) Beschluss eines Unterpachtvertrages mit „Mäusezahn“ e.V.
  - (6) Fuß- und Radweg entlang der Nieder-Wöllstädter-Straße (Bericht aus BauA)
  - (7) Sicherheit des Niddauerweges (Bericht aus BauA)
  - (8) Einsparmöglichkeiten Straßen- und Wegebeleuchtung (Bericht aus BauA)
- 

## **Eröffnung und Begrüßung**

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 24. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal. Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten rechtzeitig zugestellt wurden und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zum Protokoll der 23. Sitzung am 03.06.2013 werden keine Einwände vorgebracht und somit gilt es als beschlossen.

## **Änderungswünsche zur heutigen Tagesordnung**

Markus Nikleniewicz beanstandet, dass zu einigen Tagesordnungspunkten, die in der Sitzungseinladung mitgeteilt wurden, entsprechende Unterlagen nicht beigelegt waren. Er beantragt daher, dass **TOP 2, 5 und 7** von der Tagesordnung zurückgenommen werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass **TOP 7** bereits im BauA zurückgezogen wurde (auf Veranlassung von Herrn Eisenberg). Es muss also nur noch über die **Rücknahme von TOP 2 und TOP 5 abgestimmt werden.**

Nachdem sich hierzu kein Widerspruch erhebt, lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte, dass **TOP 2** „Beschluss des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 und Folgejahre“ **zurückgenommen wird.**

**Ergebnis: 14 Ja- 8 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen**  
**= somit ist TOP 2 zurückgezogen**

### **Rücknahme von TOP 5 „Betreuungsschule Mäusezahn“ -**

Punkt a) Beschluss eines Pachtvertrages zur Anmietung von Räumlichkeiten

Punkt b) Beschluss eines Unterpachtvertrages mit Mäusezahn e.V.

Bürgermeister Dr. Hertel weist darauf hin, dass Unterlagen zur TOP 5 a) per Mail an die jeweiligen Empfänger versandt wurden.

Zu Punkt b) sagt er u.a.: „..... dass wir wohl alle wissen um die Brisanz dieses Themas und es dringend erforderlich ist, dass hier gehandelt wird. ....“ und weiter: Deshalb würde er empfehlen, über diesen TOP heute Abend zu diskutieren.

Dieter Eisenberg erinnert an die bereits mehrfach geäußerte Aussage, dass „Mäusezahn“ eine Einrichtung des Kreises ist (Beschluss des Kreisausschuss vom März 1993). Zur eigenen Absicherung sollten die von uns vorgesehenen Vertragsentwürfe dem Rechnungsprüfungsamt der Kommunalaufsicht vorgelegt werden, hat er empfohlen.

Der Bürgermeister hat hierzu entgegnet, dass die Beurteilung der Einrichtung „Mäusezahn“ juristisch noch nicht entschieden ist. Wie bereits erwähnt, haben wir hier dringenden Handlungsbedarf und die Stadt sieht sich in der Pflicht, jungen Familien eine sichere Perspektive für die Betreuung ihrer Kinder anbieten zu können.

Roland Gosebruch beanstandet, dass die am Vorabend per Mail verteilten Vertragsentwürfe zu kurzfristig für die heutige Sitzung zugestellt wurden. Dem einzelnen Parlamentarier sei damit nicht genügend Zeit eingeräumt worden, sich mit dem Inhalt dieser Verträge kritisch auseinanderzusetzen, zumal inzwischen weitere Änderungen vorgenommen wurden.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Antrag auf **Rücknahme des TOP 5 a) und b)** seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 14 Ja- 10 Nein-Stimmen 1 Enthaltung**  
**= somit ist TOP 5 a) und b) zurückgenommen**

## **(1) Mitteilungen**

Bürgermeister Dr. Hertel hat folgende Mitteilungen des Magistrates:

### **Zwischenbericht zur Eröffnungsbilanz**

Die Arbeiten zur Erstellung der Eröffnungsbilanz 2009 befinden sich noch im vollen Gange. Das Anlagevermögen ist nahezu vollständig erfasst. Hierbei sind lediglich noch einige Sonderfälle zu klären, wie auch bei den Rückstellungen und Abgrenzungsposten. Hierfür reicht der Zeitkorridor bis Ende August aus.

Problematisch gestaltet sich die Ermittlung der Beteiligungen, weil der Abschluss für die Stadtwerke 2008 nicht vorliegt und entsprechend in der Bilanz berücksichtigt werden kann.

Wegen des fehlenden Jahresabschlusses hat das Finanzamt Gießen der Stadt ein Zwangsgeld in Höhe von 500 Euro festgesetzt. Sollte bis 30.9.2013 der angeforderte Jahresabschluss nicht vorgelegt werden können, so ist ein weiteres Zwangsgeld angedroht worden (1.000 Euro).

Die Gründe liegen darin, dass wegen der fehlenden Mandantentrennung in unserem Finanzsystem Abstimmungsdifferenzen zwischen Stadt und Stadtwerke vorliegen, die aufgrund der personellen Situation nicht einfach im laufenden Geschäft ausgeräumt werden können. Der Magistrat wird sich morgen in seiner Sitzung mit dieser Thematik befassen.

### **Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen**

Gemäß § 100 HGO teile ich Ihnen folgende überplanmäßige Ausgaben mit:

Für das Fundament der Urnenstele auf dem Friedhof in Kaichen sind 4.122,31 Euro zusätzlich angefallen. Es handelt sich um eine Investition. Die Mittel stehen im Investitionsprogramm nicht zur Verfügung.

Für eine Trennwand für das Tanklager auf dem Bauhof im Stadtteil Assenheim sind 4.771,13 Euro angefallen. Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung sind diese Mittel als überplanmäßige Ausgaben zu sehen. Sie waren ebenfalls nicht eingeplant.

Die Abrechnung des Dekanats für die offene Jugendpflege 2012 ergibt eine Nachforderung von 9.624,38 Euro. Der Haushaltsansatz ist um 11.194,38 Euro überschritten. Die angeforderte Vorauszahlung des Dekanats für die offene Jugendpflege für das Jahr 2013 liegt insgesamt 11.917,00 Euro über dem in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossenen HH-Ansatz von 58.000 Euro. –

Wir haben mit dem Dekanat Kontakt aufgenommen, um die Forderungen noch einmal überprüfen zu lassen.

### **Einstellung einer Auszubildenden**

In der Stadtverwaltung fängt ab September 2013 eine junge Frau ihre Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellte an. Die Ausbildung dauert insgesamt drei Jahre.

-----

Markus Nikleniewicz bittet um Erläuterung zu den „Überplanmäßige Aufwendungen und Ausgaben“ für die offene Jugendpflege. Er weist darauf hin, dass für Ausgaben von über 10.000 Euro ein entsprechender Stadtverordnetenbeschluss notwendig sei.

Der Bürgermeister sagt hierzu, dass im HuF darüber bereits gesprochen wurde. Man sei deshalb auch mit der Aufsicht in Verhandlung, wie bei einem noch nicht genehmigten Haushalt für solch einen Fall dennoch ein Haushaltsbeschluss erwirkt werden kann.

Dieter Eisenberg teilt mit, dass nach dem Jahresplan für letzten Donnerstag (29.6.2013) eine Sitzung des SozA vorgesehen war. Nach Rücksprache mit Bürgermeister Dr. Hertel wurde der TOP „Nach Einkommen gestaffelte Kindergartenbeiträge“ zurückgezogen und die Sitzung abgesagt, da die hierfür vorgesehene Vorlage noch nicht erstellt war.

- (3) Bebauungsplan K 12 „Biogasanlage“ Niddatal, Stadtteil Kaichen**  
**a) Beratung der während der erneuten öffentlichen Auslegung  
gem. § 3 (2) BauGB und der erneuten Beteiligung der Behörden  
gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Beschluss-  
fassung hierzu**  
**b) Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB**

- Silke Merz verlässt den Saal (§ 25 HGO) -

Florian Porth berichtet, dass dieser Punkt in der 25. Sitzung des BauA behandelt wurde. Die danach erfolgte Abstimmung ergab: 7 Ja-Stimmen zu Punkt a) und b) = somit positive Beschlussempfehlung.

Da zu diesem TOP keine Wortmeldungen gewünscht werden, lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte zu:

**Punkt a)**  
**Ergebnis: 22 Ja- 1 Gegen-Stimme 1 Enthaltung**  
**Punkt b)**  
**Ergebnis: 22 Ja- 1 Gegen-Stimme 1 Enthaltung**  
**= s o b e s c h l o s s e n**

- Silke Merz nimmt wieder an der Sitzung teil -

- (4) Baugebiet Bönstadt**  
**a) Beschluss über die Fortführung**  
**b) ggf. Beschluss über die Zusammenarbeit mit einem Entwicklungsträger**

Florian Porth berichtet, dass dieser Punkt in der letzten BauA-Sitzung behandelt wurde. Gunter Thias von der HLG hat sein Konzept vorgestellt und darauf hingewiesen, dass er sich dabei auf die Zahlen von TERRAMAG bezogen hat.

Im Verlauf der Diskussion wurde verabredet, dass Gunter Thias im Gegenzug TERRAMAG seine Zahlen zur Verfügung stellt und uns nach dem Zahlenvergleich das Ergebnis mitteilen wird (liegt uns noch nicht vor).

Bürgermeister Dr. Hertel beantragt, diesen TOP zurückzunehmen, da die Firma TERRAMAG ihm inzwischen mitgeteilt hat, dass sie eine Aussage zu den Zahlen noch nicht zur Verfügung stellen kann.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt daraufhin abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte, dass **TOP 4 zurückgezogen** wird.

**Ergebnis: 25 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen**

**(5) Betreuungsschule „Mäusezahn“**

**a) Beschluss eines Pachtvertrages zur Anmietung von Räumlichkeiten**

**b) Beschluss eines Unterpachtvertrages mit „Mäusezahn“ e.V.**

--- Dieser TOP wurde zurückgezogen - siehe hierzu Seite 3 ---

**(6) Fuß- und Radweg entlang der Nieder-Wöllstädter-Straße**

Florian Porth berichtet, dass in der letzten Sitzung des BauA auch dieses Thema zur Debatte stand. Nach einer Ortsbesichtigung, bei der u.a. auch Mathias Wolf von IMB-Plan teilgenommen hat, wurde von ihm (M. Wolf) festgestellt, dass die vorhandene Beschilderung des Fuß- und Radweges nicht mehr zwingend notwendig sei. Er nannte als Ersatz hierfür Alternativen, die in der späteren Ausschuss-Sitzung nochmals diskutiert wurden. Man einigte sich dahingehend, dem Bürgermeister als Verkehrsbehörde vorzuschlagen, die jetzige Beschilderung ersatzlos entfernen zu lassen. Der Bürgermeister selbst hat sich hierzu Bedenkzeit erbeten, da er die Rechtslage erst einmal überprüfen lassen möchte.

Bürgermeister Dr. Hertel bezieht sich in seiner Stellungnahme auf eine mündliche Aussage des Herrn Wolf (IMB-Plan), die ihm noch nicht schriftlich bestätigt wurde. - Er hat in einem späteren Beitrag noch einmal auf die Fachkompetenz der zuständigen Behörden und Fachbüros verwiesen, wonach sich auch unsere Verkehrsbehörde zu orientieren hat.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt fest, dass das Parlament hiermit noch keinen Beschluss fassen kann, der in die verkehrsrechtliche Kompetenz des Bürgermeisters eingreift und würde daher vorschlagen, diesen Punkt als Mitteilung des Magistrats auf die Agenda der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu nehmen.

In weiteren Kommentaren haben Dieter Eisenberg und Roland Gosebruch noch einmal deutlich gemacht, dass die vorhandene Beschilderung zum größten Teil mißachtet wird und daher als „unsinnig“ angesehen werden muss; bzw. man könnte auch sagen, die Radfahrer halten sich nicht daran, weil die Beschilderung unsinnig ist, wie auch anderswo (Deutschland-weit), hat Roland Gosebruch noch angefügt.

**(7) Sicherheit des Niddauerweges**

--- wurde zurückgezogen - siehe hierzu Seite 3 ---

**(8) Einsparmöglichkeiten Straßen- und Wegebeleuchtung**

Florian Porth liest zu diesem Thema aus dem Bericht des Bürgermeisters vor: Die OVAG hat für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik EU-Fördermittel beantragt. Diese Mittel sind bewilligt worden und die Maßnahmen müssen bis Jahresende in allen Kommunen umgesetzt werden. Wir haben von der OVAG die Mitteilung bekommen, dass sie am 2.9.2013 bereit sei, im BauA dieses Konzept vorzustellen. Nach Rücksprache mit dem Ausschussvorsitzenden des HuF haben wir eine gemeinsame Sitzung an diesem 2. September verabredet, um dem HuF und BauA dieses Konzept vorstellen zu lassen.

Oliver Seuss hat noch einmal seine bereits am 29.4. und am 3.6.2013 in der Stadtverordnetenversammlung gestellten Fragen hinsichtlich „Verantwortlichkeit der Tätigkeiten des Elternvereins von Mäusezahn“ wiederholt und den Bürgermeister gebeten, ihm diese Angaben mitzuteilen. Die zwischenzeitlich erhaltene E-Mail (am 25.6.2013) enthält nicht die Auskunft, um die er gebeten hatte.

Bürgermeister Dr. Hertel sagt hierzu, dass er nur die Auskunft erteilen kann, die auch ihm zur Verfügung gestellt wurde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr gewünscht wurden, erklärt der Stadtverordnetenvorsteher um 20:45 Uhr die heutige Sitzung für beendet. Er weist noch darauf hin, dass eventuell eine Sitzung während der Sommerpause kurzfristig notwendig werden könnte. Dies würde dann mit verkürzter Einladungsfrist mitgeteilt.

Hans-Peter Wittmann bedankt sich wieder für die rege und engagierte Mitarbeit und wünscht den Damen und Herren schöne und erholsame Ferien, ebenso einen guten Nachhauseweg.

Wittmann  
Stadtverordnetenvorsteher

Gunkel  
Schriftführerin